



Presseschau vom 12.03.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends / nachts::

wpered.su: Heute, am 11. März, fand in Rom eine Sitzung des Nationalen Politischen Komitees der Partei Rifondazione Comunista statt, an der der Sekretär des ZK der KP der DVR Stanislav Retinskij teilnahm. Während der Veranstaltung wurden die Ergebnisse der Parlamentswahlen in Italien diskutiert, teilt ein Korrespondent der Seite „Werpjod“ mit. Einige italienische kommunistischen Parteien, einschließlich der Rifondazione Comunista, hatten einen Wahlblock „Die Macht dem Volke“ (Potere al Popolo) gebildet, um gemeinsam an den Parlamentswahlen am 4. März 2018 teilzunehmen. Leider sind im Ergebnis der Wahlen keine Linken ins Parlament gekommen. Während der Sitzung unterstrichen die italienischen Kommunisten, dass es ihnen im Wahlkampf nicht gelungen ist, die kommunistische Agitation in vollem Umfang in Gang zu bringen. Nach ihren Worten ist es im weiteren notwendig, den Werktätigen ihre politische Position effektiv zu vermitteln. Während der Sitzung wurde auch Stanislav Retinskij das Wort erteilt, der den italienischen Genossen im Namen der KP der DVR für die Solidarität mit der antifaschistischen und kommunistischen Bewegung im Donbass dankte. Dank der aktiven Tätigkeit der Rifondazione Comunista hat die italienische Öffentlichkeit die Möglichkeit, wahrheitsgemäße Informationen über den Donbass zu erhalten, die sich von der in der Ukraine und der EU verbreiteten bürgerlichen Propaganda unterscheidet. Er äußerte die Überzeugung, dass dank seines Besuchs in Italien, der Möglichkeit in verschiedenen Städten zu sprechen und sich mit örtlichen Kommunisten und Antifaschisten zu unterhalten, die Zahl der Anhänger der Solidaritätsbewegung mit dem Donbass noch größer werden wird.

Nach dem offiziellen Teil fand ein freundschaftliches Gesprächs des Sekretärs des ZK der KP der DVR Stanislav Retinskij mit Maurizio Acerbo, dem ersten Sekretär des Nationalen Politischen Komitees der Rifondazione Comunista statt.

Dan-news.info: „Um 00:15 haben die ukrainischen Streitkräfte mit Mörsern in Richtung **Leninskoje** eröffnet“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit.

Nach Angaben des GZKK wurden von den Positionen der feindlichen Einheiten mindestens sechs Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen.

Informationen über Verletzte und Zerstörungen werden noch ermittelt.

vormittags:

de.sputniknews.com: „Militär-Schengen“? Russlands Verteidigungsministerium kommentiert Nato-Pläne

Die Nato bildet einen „militärischen Schengen-Raum“, um somit die Zeit der Truppenverlegung an die russische Grenze zu reduzieren. Dies sagte der russische Vizeverteidigungsminister Alexander Fomin.

„Die Verbesserung der Logistik- und Verkehrsinfrastruktur innerhalb Europas“ ist ihm zufolge zur „neuen Priorität“ für die Nato geworden. Die Allianz wolle einen „militärischen Schengen-Raum“ schaffen, um „maximal die Zeit der Verlegung von Truppen in Richtung der Grenzen Russlands zu reduzieren“.

Russlands Vizeverteidigungsminister fügte hinzu, dass derzeit die Allianz die Fragen der transatlantischen Verlegung von militärischen Nato-Formierungen behandle. In unterschiedlichen Gebieten Europas würden Reserven von Waffen, Militärtechnik, Munition und Lebensmitteln geschaffen.

„Nun wurde ein Logistikvorrat geschaffen, der für eine operative Verlegung von zusätzlichen Truppenverbänden notwendig ist und der um ein Zehnfaches das in Europa stationierte US-Kontingent übertrifft“, sagte Fomin.

Die Nato-Koordinationszentren wurden dem General zufolge in Polen, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, der Slowakei, Litauen, Lettland und Estland eingerichtet.

Mitte Februar hatten sich in Brüssel die Verteidigungsminister der Nato-Mitgliedsländer darüber geeinigt, dass in den europäischen Grenzen der Nordatlantikkallianz eine Art „militärischer Schengen-Raum“ geschaffen werden solle.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31038/46/310384603.jpg>

mil-lnr.info: In den letzten 24 Stunden wurden **keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der ukrainischen Truppen festgestellt. Das Regime der Feuereinstellung wurde eingehalten.

de.sputniknews.com: Ambitionierte Pläne: Ukraine will Raketen von Australien aus starten
Die australische Regierung soll aus der Ukraine einen sehr ambitionierten Vorschlag erhalten haben: Die staatliche ukrainische Weltraumagentur will nach Angaben der Zeitung „The West Australian“ einen Weltraumbahnhof im Westen Australiens bauen lassen.
Die Agentur hat nach Zeitungsinformationen die Errichtung eines Weltraumbahnhofs in Kimberley – einer wenig besiedelten nördlichen Region Australiens – vorgeschlagen. Die Idee sei eine Art Antwort auf Australiens Jahrzehnte alten Traum, sein eigenes Kosmodrom zu besitzen.

Australien habe den Vorschlag erstmals im Jahr 2016 von der Ukraine erhalten. Damals sei er jedoch auf wenig Unterstützung gestoßen. Der ukrainische Botschafter in Australien, Mykola Kulinitsch, soll den australischen Behörden nun versichert haben, sein Land habe „die technischen Fachkenntnisse, eine Versorgungskette und eine lange Erfahrung im globalen Raumfahrt-Rennen“.

„Die Ukraine könnte schon morgen Raketen starten, wenn sie eine Plattform dafür hätte“, sagte Kulinitsch gegenüber dem Blatt.

Der Vorschlag sei „sehr realistisch“. „Wir bieten unsere Leute und unsere Fachkenntnisse an, wenn Australien Land zur Verfügung stellt“, so der Botschafter weiter.

Nach Plänen der ukrainischen Weltraumagentur soll ein Grundstück von 5000 bzw. 7000 Quadratkilometern in der Nähe des Luftwaffenstützpunktes Curtin im Westen Australiens gemietet werden. Die Errichtung von Startrampen, Hangars und anderen notwendigen Anlagen könnte laut „The West Australia“ mit privaten Investitionen und aus „Beiträgen von Australiens Nachbarn und Verbündeten“ finanziert werden.

armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **einmal** das Regime der Feuereinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde das Gebiet von **Leninskoje** mit mit Mörsern des Kalibers 120mm beschossen..

de.sputniknews.com: 370-Millionen-Projekt Poroschenkos: Zeltstadt ukrainischer Armee versinkt im Schlamm

Die Zeltstadt der ukrainischen Armee auf dem Militärübungsplatz „Schirokij Lan“ im südlichen Gebiet Mykolajiw versinkt im Schlamm. Im Netz sind Fotos aufgetaucht, die den desolaten Zustand der Zeltstadt zeigen.

„Eine Hölle auf Erden, die man schon das fünfte Jahr in Folge seit Kriegsbeginn nicht in einen normalen Zustand bringen kann“, schrieb die Teilnehmerin der Militäroperation im Donbass, Julia Matwienko, auf Facebook.

In der Panzergrenadierbrigade 56, deren Mannschaften auf dem Übungsplatz ausgebildet werden, erklärte man wiederum, die Bedingungen seien zwar tatsächlich hart, aber „nicht kritisch“. Zudem sei die Ernährung „normal“.

Juri Birjukow, der Berater des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko, attackierte diejenigen mit scharfer Kritik, die laut ihm „Geschichten über versinkende Soldaten auf dem Übungsplatz“ breittreten. An allem sei der aufgetaute Schnee schuld. Auf dem Schießplatz würden Bauarbeiten durchgeführt, für die zuvor 370 Millionen Hrywna (umgerechnet etwa 11.500.000 Euro) aus dem Haushalt bereitgestellt worden seien. Doch wegen der massiven Schneefälle seien die Bauarbeiten eingestellt worden.

„Von Jahr zu Jahr werden Kies und Sand in diesem Lehm, versenkt“. Wo ist das alles? Archäologen werden das eines Tages in der Tiefe finden“, so der Berater weiter.

Poroschenko selbst hatte die ukrainische Armee zuvor als „eine der effektivsten Armeen auf dem Kontinent“ bezeichnet.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/tyX9ISbBeMM" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/tyX9ISbBeMM>

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 1. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Leninskoje**.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 6. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 10.

Wir erinnern daran, dass der geltende Waffenstillstand am 5. März 2018 um 01:00 (Moskauer Zeit) in Kraft trat.

de.sputniknews.com: Ost-Ghuta: Zusammenstöße unter Terroristen gestartet – Versöhnungszentrum

In Ost-Ghuta hat ein offener Zusammenstoß zwischen unterschiedlichen Kämpfergruppen eingesetzt, wie der Sprecher des russischen Zentrums für Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien, Generalmajor Wladimir Solotuchin, mitteilte.

„Auf den Straßen laufen offene Kämpfe zwischen den Mitgliedern von illegalen bewaffneten Formationen. Die Zivilisten sind gezwungen, nach einer Deckung zu suchen, um kein zufälliges Opfer der Kampfhandlungen zu werden“, so Solotuchin.

Die Kampfhandlungen starteten nach einer Forderung nach Abgrenzung der Gruppierung Feilak ar-Rahman von der Dschabhat an-Nusra (Al-Nusra-Front), um über deren weiteren

Abzug aus der Region diskutieren zu können. Zuvor hatten entsprechende Verhandlungen zwischen den Vertretern des Zentrums und Anführern von Feilak ar-Rahman stattgefunden....

de.sputniknews.com: Ost-Ghuta: Syrische Armee entdeckt Werkstatt zur Herstellung von Chemiemunition

Die syrischen Regierungstruppen haben beim Durchkämmen der Ortschaft Aftris nach dem Abzug der Kämpfer eine Werkstatt zur Herstellung von Chemiemunition gefunden. Dies erklärte am Montag der Oberst der syrischen Armee, Ferraz Ibrahim, gegenüber Journalisten. „Vermutlich ist diese Munition im Rahmen der Vorbereitung einer Provokation zur Beschuldigung der Regierungstruppen hinsichtlich des Einsatzes von Chemiewaffen hergestellt worden“, sagte er.

Am Samstag hatte der stellvertretende Außenminister Syriens, Faisal Mekdad, gegenüber der Presse mitgeteilt, dass syrische Experten 24 Tonnen chemischer Kampfstoffe auf den Territorien des Landes gefunden hätten, die früher unter Kontrolle der Terroristen gestanden waren.

Dan-news.info: Ukrainische Soldaten haben am Morgen ein Fahrzeug beschossen, das Arbeiter zum Schichtwechsel zur Donezker Filterstation brachte. Dies teilte ein Vertreter des Kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ mit.

„Heute um 7:30 hat die ukrainische Seite das Feuer mit Schusswaffen auf eine Fahrzeugkolonne, die Menschen auf ihre Arbeitsplätze brachte, geschossen. Eines der Fahrzeuge wurde beschädigt und ist jetzt nicht betriebsbereit“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

de.sputniknews.com: Russischer Politiker kommentiert Protestbrief von fünf EU-Ländern gegen Nord Stream 2

Der Chef des Ausschusses für Informationspolitik beim Föderationsrat (russisches Oberhaus), Alexej Puschkow, hat am Montag auf Twitter den Aufruf der Parlamentschefs von Polen, Litauen, Lettland, der Ukraine und Moldawien an ihre Kollegen aus anderen europäischen Staaten in Bezug auf den Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 kommentiert.

„Die Abgeordneten aus den fünf Staaten, die keinen Bezug zur Gaspipeline Nord Stream 2 haben, haben sich mit einem Protestbrief gegen deren Bau ausgesprochen. Ich denke nicht, dass dies den Ablauf der Ereignisse beeinflussen wird: Der Bedarf an russischem Gas in Europa wächst und wird weiter wachsen. Das ist Hysterie aus Kraftlosigkeit und Wut“, twitterte Puschkow.

Die Parlamentschefs von Polen, Litauen und Lettland hatten sich laut dem Sender Polskie Radio der Ukraine und Moldawien angeschlossen, indem sie einen Protestbrief gegen den Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 unterzeichneten. In ihrem Schreiben rufen sie die europäischen Länder auf, zu gewährleisten, dass der Betrieb der Nord-Stream-2-Gaspipeline im Einklang mit den EU-Regeln erfolgt.

Das Projekt Nord Stream 2 sieht die Verlegung von zwei Pipelinesträngen mit einer Jahresgesamtkapazität von 55 Milliarden Kubikmetern vor. Die Stränge sollen parallel zur bereits bestehenden Gaspipeline Nord Stream von der russischen Ostseeküste bis nach Deutschland verlaufen.

Gegen das Pipeline-Projekt machen mehrere Länder Front. Dazu gehören die Ukraine, die um ihre Einnahmen aus dem Transit des russischen Gases bangt, und die USA, die ambitionierte Pläne zum Export von Flüssiggas nach Europa hegen.

Wpered.su: Am 11. März fand in Rom eine Solidaritätsaktion statt, bei der humanitäre Hilfe für die Kinder des Donbass gesammelt wurde. Organisator der Maßnahme, an der der

Sekretär des ZK der KP der DVR Stanislav Retinskij teilnahm, war die antifaschistische Karawane, teilte der Korrespondent der Seite „Wperjod“ mit.

„Nur das einfache Volk kann das einfache Volk retten. Die Menschen, die hierherkommen, unterstützten den Donbass, Venezuela und Syrien“, sagte der Manager der antifaschistischen Ska-Punk-Band Banda Bassotti, der Leiter der antifaschistischen Karawane David Cacchione. Für die Gäste wurde ein festliches Mittagessen organisiert, es gab ein Konzert der italienischen Ska-Punk-Band Ramiccia, es wurden Geschenke mit dem Logo von Banda Bassotti verteilt. Die Teilnehmer der Aktion brachten Kinderspielzeug, Medikamente, Hygieneartikel. Die gesammelte Unterstützung wird die antifaschistische Karawane im Mai dieses Jahres in den Donbass liefern.

„In Rom werden solche Veranstaltungen recht häufig durchgeführt. An ihr beteiligen sich nicht nur Einwohner von Rom, sondern auch anderer Städte. Heute sind etwa 200 Menschen gekommen. Wir sind einfache Menschen, Arbeiter, Antifaschisten, Kommunisten. Wir wollen, dass die Menschen, die unsere Ansichten teilen, sich zusammenschließen“, sagte Picco, der Sänger der antifaschistischen Ska-Punk-Gruppe Banda Bassotti.

Banda Bassotti ist ein einmaliges Kollektiv. Trotz ihrer weltweiten Bekanntheit sind seine Mitglieder keine professionellen Musiker, sondern einfache Arbeiter: Bauarbeiter, Reinigungskräfte, Sozialarbeiter, Hydrauliktechniker.

Nach dem festlichen Teil erteilte David Cacchione Stanislav Retinskij das Wort, der den Teilnehmern der antifaschistischen Karawane der Solidarität mit dem Donbass im Namen der KP der DVR dankte. Nach seinen Worten sind die italienischen Antifaschisten die Nachfolger der italienischen Partisanen, die während des zweiten Weltkriegs gegen die Faschisten kämpften. „Eure Solidarität mit dem Donbass motiviert uns zur Fortsetzung des Kampfes gegen den ukrainischen Faschismus“, fasste er zusammen.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2018/03/IMG_20180311_230228-1024x683.jpg

Nachmittags:

de.sputniknews.com: EU verlängert Russland-Sanktionen erneut

Die Europäische Union hat die individuellen Sanktionen gegenüber 150 Personen und 38 Organisationen aus Russland und der Ukraine um ein weiteres halbes Jahr verlängert, wie aus dem Europäischen Rat mitgeteilt wird.

Diese Maßnahmen waren gegen jene verhängt worden, die nach Erachten der EU „die territoriale Integrität der Ukraine bedrohen“. Diese Sanktionen sehen vor, die Aktiva der betroffenen Personen und Organisationen auf Eis zu legen, und umfassen auch Einschränkungen für Reisen in die EU.

Der verbreiteten Mitteilung zufolge hat die Europäische Union die Situation eingeschätzt und ist zu dem Schluss gelangt, dass sie das Sanktionsregime bislang nicht ändern könne.

Die EU-Chefdiplomatin Federica Mogherini hatte zuvor erklärt, dass, um die Russland-Politik der EU ändern zu können, Moskau die Minsker Vereinbarungen erfüllen und die „rechtswidrige Annexion der Krim“ einstellen müsse. Sie meinte, die Besuche mancher europäischer Politiker auf der Krim würden nicht die gemeinsame Position der EU widerspiegeln.

Anfang März hatten auch die USA die Russland-Sanktionen verlängert.

Verhängung der Sanktionen

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen hatten sich wegen der Situation in der Ukraine und der Wiedervereinigung der Krim mit Russland im Jahr 2014 verschlechtert.

Moskau hatte wiederholt erklärt, dass es keine Seite des Konflikts in der Ukraine und kein Subjekt der Minsker Vereinbarungen sei. Dennoch haben die Europäische Union und die USA Sanktionen gegen Russland verhängt, wonach Russland im Gegenzug Importeinschränkungen gegen jene Länder eingeführt hatte, die diese Sanktionen unterstützt haben.

Bei all dem erklingen im Westen immer deutlicher Meinungen, dass die einschränkenden Maßnahmen aufgehoben werden sollten.

[Ukrinform.ua: Poroschenko ruft EU auf, Russland als Aggressor und Seite des Konflikts im Donbass anzuerkennen](#)

Präsident Petro Poroschenko hat in dem gemeinsamen Briefing mit der Hohen EU-Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini in Kiew die Europäische Union aufgefordert, Russland als Aggressor und Seite des Konflikts im Donbass anzuerkennen, berichtete ein Ukrinform-Korrespondent.

„Ich bin fest davon überzeugt, dass nach vier Jahren der russischen Aggression gegen die Ukraine für die Europäische Union die Zeit gekommen ist, den Aggressor Aggressor und Seite des Konflikts zu nennen“, sagte die ukrainische Staatsoberhaupt.

Darüber hinaus betonte er, es sei die Zeit gekommen, dass die EU-Mitgliedstaaten zur Gewährung von defensiven Waffen nach nationaler und internationaler Gesetzgebung für die Ukraine beitragen.

[Lug-info.com: Das Kommunikationsministerium der LVR warnt Journalisten aus dem Baltikum, die in der Zone der von Kiew durchgeführten militärischen Operation im Donbass sind, vor möglichen Provokationen von Seiten von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte.](#)

Dies teilte heute der stellvertretende Kommunikationsminister Jurij Perschikow mit.

Das Ministerium hat eine Liste von acht Namen von Journalisten erhalten, die in der „ATO“-Zone sind. (Es folgen die Namen der Journalisten und die von ihnen vertretenen Zeitungen, Anm. d. Übers.).

„Jetzt arbeiten die Journalisten auf dem von Kiew besetzten Territorium der DVR. Es ist vorgesehen, dass diese Gruppe auch auf dem besetzten Territorium der LVR arbeiten. Einige von denen, die auf der Liste sind, sind nicht zum ersten Mal dort“, berichtete Perschikow.

„In dem Schreiben ist angegeben, dass die Gruppe vom 11. bis 15.3. in Marjinka und Kramatorsk arbeiten wird. Die Journalisten haben den Wunsch, ein Interview mit dem Verteidigungsminister der Ukraine zu führen“, fügte Perschikow hinzu.

Nach Informationen des Kommunikationsministeriums „werden gegen die Gruppe Provokationen von Seiten ukrainischer Soldaten geplant“.

„Dies ist ein weiterer Vorwand dafür, um die Notwendigkeit von „Blauhelmen“ zu erklären. Ich möchte diese Leute, die hierher zum Arbeiten kommen, von Seiten des Informationsministeriums der LVR warnen, dass diese „Freundschaft“ für sie sehr schief enden kann. Sie sind für die Amerikaner, die heute die Puppenspieler des ukrainischen Regimes sind, Sowjetbürger, das ist Verbrauchsmaterial und prinzipiell nicht schade drum“, sagte Perschilow.

Er erläuterte, dass in der Gruppe ein Vertreter des Fernsehsenders TV3 ist, der bereits zuvor mehrfach in der „ATO“-Zone war.

„Er hat sich dadurch hervorgetan, dass er inszenierte Videos von Beschüssen angeblich von unserer Seite auf Positionen der ukrainischen Streitkräfte, auf friedliche Stadtteile gedreht hat. Dies ist ein professioneller Informationsprovokateur, der Sender überträgt dann Materialien über Beschüsse für ein europäisches Publikum. So erwarten wir von dieser Gruppe nichts Gutes. Aber wir warnen sie trotzdem vor negativen Folgen“, sagte der stellvertretende Minister.

„Es gibt ein weiteres sehr interessantes Moment. Die Frage der Anwesenheit von Friedenstruppen im Donbass wird gerade entschieden, das Format ist noch nicht entschieden. Dennoch führt die Ukraine **massenhaft Trainings mit Journalisten zur Zusammenarbeit mit Friedenstruppen in verschiedenen Regionen** durch. Wie es gelang zu erklären, ist es eine der Aufgaben der Journalistengruppe, solche Kurse durchzuführen“, sagte Perschikow.

„All diese Personen bekennen sich zu den Prinzipien der europäischen Journalistik, sie können sich an uns wenden, wir können eine andere Sicht auf das Geschehen im Donbass liefern“, fügte er hinzu.

Ukrinform.ua: Poroschenko tut alles Mögliche für Stationierung der UN-Friedensmission im Donbass

Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, hat auf seiner Facebook-Seite geschrieben, er werde alles tun, damit die UN-Friedensmission im Donbass präsent wird.

„Ich werde alles Mögliche tun, um so schnell wie möglich die UN-Friedensmission im besetzten Donbass zu stationieren. Dies ist die einzige Option, die die Tötung von Ukrainern, sowohl der Zivilisten als auch der Militärangehörigen, verhindern, die ukrainische Souveränität im besetzten Donbass wiederherstellen kann“, schrieb er.

Poroschenko stellte fest, es wäre genug, wenn Russland die besetzten Gebiete verlässt.

de.sputniknews.com: Kiew eröffnet Jagd auf „Helfershelfer Russlands“

Der ukrainische Sicherheitsdienst (SBU) nimmt am Montag laut seiner Sprecherin Jelena Gitljanskaja in verschiedenen Regionen des Landes Durchsuchungen bei mutmaßlichen „Komplizen“ Russlands vor.

„Die Hausdurchsuchungen erfolgen bei jenen, die dem Aggressor-Land bei der Durchführung von antiukrainischen Aktionen helfen“, schrieb Gitljanskaja am Montag auf ihrem Facebook-Account.

Wie sie ferner betonte, handelt es sich hierbei um insgesamt 25 genehmigte Durchsuchungen. Bei den bisherigen Einsätzen sollen bereits Propaganda-Materialien, Waffen, Sprengstoff und andere Beweise für subversive Tätigkeiten gegen die Ukraine beschlagnahmt worden sein. Zudem sagte sie zu, ausführlichere Informationen über die Durchsuchungen auf der SBU-Webseite zu veröffentlichen, sobald alle nötigen Verfahren zu Ende gegangen sind.

Unter mutmaßlichen „Helfershelfern“ gebe es außerdem auch jene, die „mit dem Journalismus zu tun haben“, fügte Gitljanskaja hinzu.

Das ukrainische Parlament hatte am 18. Januar dieses Jahres das Gesetz über eine Reintegration des Donbass verabschiedet. Russland wird als „Aggressor“ und das von Kiew nicht kontrollierte Territorium als „okkupiert“ bezeichnet. In der Endfassung des Dokuments ist von der vorrangigen Bedeutung der Minsker Vereinbarungen gar keine Rede mehr.

Das russische Außenministerium hatte die ukrainischen Behauptungen über eine Okkupation als „öffentliche unbewiesene Insinuationen“ bezeichnet. Moskau hatte mehrmals erklärt, dass Russland keine Konfliktpartei in der Ostukraine sei und mit der Entwicklung im Donbass nichts zu tun habe. Russland sei vielmehr daran interessiert, dass die Ukraine die politische und ökonomische Krise so schnell wie möglich überwinde.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31989/60/319896007.jpg>

Dan-news.info: „Vom 5. bis 12. März haben die ukrainischen Streitkräfte neun Mal das Regime der Feuereinstellung verletzt. Die Gesamtzahl der Geschosse betrug 80, was 0,567 Tonnen oder 11,5 Kisten sind“, teilte heute der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit.

de.sputniknews.com: Russische Präsidentschaftswahl auf Krim: Poroschenko droht mit Sanktionen

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat laut der Nachrichtenagentur 112.ua erklärt, dass er bereit sei, Sanktionen gegen die Organisatoren der russischen Präsidentschaftswahl auf der Krim zu verhängen.

„Im Zusammenhang mit der russischen Präsidentschaftswahl am folgenden Sonntag habe ich klargestellt, dass die Ukraine die gefälschten Wahlen in den vorübergehend besetzten Gebieten nicht anerkennen und Sanktionen gegen jene Personen verhängen wird, die sich an der Organisation des Wahlprozesses beteiligen“, sagte Poroschenko bei einem Briefing mit der EU-Chefdiplomatin Federica Mogherini am Montag.

Zuvor hatte der Europäische Rat mitgeteilt, dass die Europäische Union die individuellen Sanktionen gegenüber 150 Personen und 38 Organisationen aus Russland und der Ukraine um ein weiteres halbes Jahr verlängert habe.

Ukrinform.ua: Präsident: Ukraine wird Sanktionen gegen Organisatoren der Wahlen in besetzten Gebieten verhängen

Die Ukraine erkenne die Fake-Wahl des Präsidenten der Russischen Föderation in den besetzten Gebieten unseres Landes nicht an, erklärte in dem gemeinsamen Briefing mit der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Federica Mogherini, heute in Kiew der ukrainische Staatschef Petro Poroschenko, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Ich habe ganz klar erklärt, dass die Ukraine die Fake-Präsidentschaftswahlen in den vorübergehend besetzten Gebieten nicht anerkennt, weil auch dort die Russen beabsichtigen, die so genannten Wahlen durchzuführen. Wir sind uns sicher, dass gegen die Personen, die an der Organisation des illegalen Wahlprozesses beteiligt sind, Sanktionen verhängt werden müssen“, sagte Poroschenko.

Er rief auch die internationale Gemeinschaft zum gleichen Vorgehen als Reaktion auf illegale Wahlen des Präsidenten der Russischen Föderation in den vorübergehend besetzten Gebieten auf.

Dan-news.info: „Um 12:50 haben die ukrainischen Streitkräfte das Feuer mit Schusswaffen und großkalibrigen Schusswaffen in Richtung **Sajzewo** eröffnet“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Rusland Jakubow mit.

Ukrinform.ua: Mogherini: Territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine sind wichtig für die Sicherheit der EU

Die Gewährleistung der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine sei äußerst wichtig für die Sicherheit der Europäischen Union, sagte die Vize-Präsidentin der Europäischen Kommission und Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, beim heutigen Treffen mit dem Präsidenten Petro Poroschenko in Kiew, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform.

„Unsere Hilfe richtet sich auf die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine aus, die äußerst wichtig für die Sicherheit der Europäischen Union ist“, sagte Mogherini.

Sie versicherte die Unveränderlichkeit der Haltung der EU gegenüber der Ukraine: „Ich möchte die unveränderte Unterstützung von der Europäischen Union für die territoriale Integrität, Unabhängigkeit und Souveränität der Ukraine und jene Anstrengungen hervorheben, die wir bei der Umsetzung der Minsk Vereinbarungen machen. Wir haben die Wiederherstellung der vollen Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine erörtert. Wir haben schon immer diesen Fragen unsere vereinigte Unterstützung geleistet“.

Frau Mogherini sagte weiter, sie werde am kommenden Montag die Außenminister der EU-Mitgliedsländer über ihren Besuch und die Zusammenarbeit mit der Ukraine, über die Situation im Donbass informieren. „Wir haben auch eine klare Verantwortung Russlands für diese ganze Situation festgestellt, und wie Sie wissen, hängen die wirtschaftlichen Sanktionen der EU gegen Russland ganz und direkt mit der Umsetzung des Assoziierungsabkommens zusammen“, sagte sie.

Laut Mogherini arbeiten die EU und die Ukraine nicht nur auf diplomatischer Ebene zusammen, sondern auch im humanitären Bereich. Insbesondere habe die EU 700 Millionen Euro an humanitärer Hilfe für die Menschen im Konfliktgebiet gewährt.

Sie erklärte weiter, die Position der Europäischen Union sei unverändert: die Annexion der Krim durch die Russische Föderation ist illegal und die Wahl des Präsidenten der Russischen Föderation auf dem Territorium der besetzten Halbinsel kann ebenfalls nicht anerkannt werden.

de.sputniknews.com: In nur drei Jahren: So viel Geld gibt EU für humanitäre Hilfe an Kiew

Bei einem gemeinsamen Pressegespräch mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko in Kiew am Montag hat die EU-Chefdiplomatin Federica Mogherini erläutert, wie viele Mittel die EU Kiew seit 2014 als humanitäre Hilfe zur Verfügung gestellt hat.

„Die EU hat eine humanitäre Hilfe in Höhe von 700 Millionen Euro für Bürger geleistet, die auf dem vom Konflikt betroffenen Territorium leben. Dies schließt unter anderem eine weitere Tranche von 24 Millionen Euro mit ein, die die EU für eine Verlängerung der EU-Sonderbeobachtermission bereitstellt“, zitiert der TV-Sender „112 Ukraina“ Mogherini. Wie sie ferner ausführte, bereitet die EU zurzeit ein neues Unterstützungspaket von 16 Millionen Euro vor.

Zuvor hatte der Leiter der EU-Mission in der Ukraine, Hugues Mingarelli, bekannt gegeben, dass die EU die geplante 600-Millionen-Euro-Tranche für Kiew gestoppt habe.

Der Grund für die EU-Absage seien vier Bedingungen, die Kiew nicht erfüllt habe: die Aufhebung des Ausfuhrverbots für Rundholz, der Start einer automatisierten Prüfung elektronischer Vermögenserklärungen von Beamten, die Verabschiedung des Gesetzes über das Kreditregister der Nationalbank der Ukraine und die Überprüfung wirtschaftlicher Eigentümer von Firmen. Insgesamt soll es 21 Forderungen gegeben haben.

Seit der Vereinbarung des EU-Hilfsprogramms für die Ukraine erhielt Kiew insgesamt zwei Tranchen.

Armiyadnr.su: Bericht des Leiters des Pressedienstes der Streitkräfte der DVR Daniil Bessonow

In den letzten 24 Stunden hat das ukrainische Besatzungskommando ein weiteres Mal die Vereinbarungen über die Einhaltung des Regimes der Feueinstellung verletzt.

In Richtung Mariupol wurde von den Positionen der 36. Marineinfanteriebrigade im Gebiet von Wodjanoje das Gebiet der Ortschaft **Leninskoje** vom Gegner mit Mörsern des Kalibers 120mm beschossen, wobei sechs Geschosse abgeschossen wurden.

Insgesamt wurde in den letzten 24 Stunden eine Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Besatzer festgestellt.

Außerdem ist gestern die Informationen über einen weiteren Fall von Aggression von Seiten der ukrainischen Besatzer gegenüber Objekten der zivilen Infrastruktur eingegangen.

Kämpfer der 25. Luftlandebrigade haben am 10. März das **Territorium der Pumpstation erster Ebene des Jushnodonbasskij-Wasserwerks im Gebiet von Wasiljewka beschossen.**

In der Folge des Beschusses wurde ein Transformator beschädigt. Die Funktion der Station wurde für zwei Tage durch einen Reservetransformator gewährleistet. Für heute sind Reparaturarbeiten geplant.

Außerdem haben Kämpfer der 25. Brigade heute Morgen mit Schusswaffen ihren „ruhmreichen Krieg“ gegen die Zivilbevölkerung fortgesetzt und **zielgerichtet drei Fahrzeuge beschossen**, die die diensthabende Schicht von Arbeitern der Donzeker Filterstation beförderte. In der Folge des Beschusses wurde der Kühler eines der Fahrzeuge beschädigt. Zum Glück konnten Opfer unter den Mitarbeitern der DFS vermieden werden. Aber die Menschen sind äußerst erschrocken und die Nachtschicht der Mitarbeiter wird das Territorium der DFS nicht verlassen, ehe nicht eine völlige Sicherheit für ihre Fahrt gewährleistet ist.

Diese beiden zivilen Lebenserhaltungsobjekte werden regelmäßig von den ukrainischen Kämpfern beschossen. Die sich auf den Positionen in der Nähe dieser Objekte befindenden ukrainischen Besatzer vergnügen sich offensichtlich auf diese Weise, indem sie das Leben von Zivilisten gefährden und Voraussetzungen für eine humanitäre Katastrophe schaffen. Ich lenke die Aufmerksamkeit der Vertreter der OSZE-Mission auf den verbrecherischen Charakter der Handlungen der ukrainischen Armee und die Notwendigkeit des Abzugs der ukrainischen Kämpfer von den genannten Objekten, um Opfer unter friedlichen Bürgern zu vermeiden. Das Kommando des Stabs der sogenannten ATO deckt weiter die verbrecherischen

Handlungen seiner Truppen. So geben ukrainische Propagandisten die **Gefangennahme unseres Soldaten durch eine Einheit der Spezialoperationskräfte mit Hilfe angeworbener Bürger als erfolgreiche Verhinderung des „Durchbruchs einer Diversions- und Erkundungsgruppe“** aus. Die Version, die von einem der Sprecher der „ATO“ gegenüber ukrainischen Fernsehsendern verkündet wurde, ruft außer Lächeln keine weiteren Reaktionen hervor. Nach seinen Worten unternahm der Soldat der Streitkräfte der DVR Soloid im Alleingang mit der Waffe in der Hand unter Feuerdeckung von unserer Seite einen Versuch, durch die ukrainischen Positionen auf das von den ukrainischen Streitkräften kontrollierte Territorium zu gelangen. Dieser „dreiste Einzelangriff“ wurde angeblich durch professionelle und kluge Aktivitäten einer ganzen Einheit ukrainischer Kämpfer unterbunden, die ihn „mutig“ gefangen nahmen. Da kann man nur lachen!

Gleichzeitig führt die Führung des Sicherheitsdienstes der Ukraine weitere Maßnahmen zur Ausweitung ihres Geheimdienstnetzes durch und verwendet Methoden des Drucks auf Verwandte unserer Soldaten, die auf dem von Kiew besetzten Territorium leben, und zwingt sie so zur Zusammenarbeit. Bürger, die keine Beziehungen zu militärischen Strukturen der Republik haben, deren Schuld nur darin liegt, dass sie Verwandte oder Freunde von Soldaten der Streitkräfte der DVR sind, werden von Seiten ukrainischer Spezialdienste bedroht. Dabei wird ihnen nicht nur strafrechtliche Verfolgung angedroht, sondern auch physische Vergeltung.

Der Sicherheitsdienst der Ukraine nutzt sein Spezialprojekt „Du wirst zu Hause erwartet“, betrügt so Soldaten und ihre Verwandten auf dem von Kiew besetzten Territorium, verspricht „goldene Berge“ und die Beendigung der strafrechtlichen Verfolgung. Aber bis heute gibt es keine gesetzgeberische Basis für die Amnestie von Anhängern der Republik. Gegen betrogene Menschen, die an Märchen geglaubt haben und sich in den Händen ukrainischer Spezialdienste befinden, werden Strafverfahren aufgenommen. In den mehr als zwei Jahren der Aktivitäten des betrügerischen Spezialprojekts wurden bereits Dutzende von Menschen an ein Gericht übergeben und zur Ableistung ihrer Strafe wegen „Terrorismus“ in Gefängnisse geschickt. Einige beschuldigte Bürger der DVR und der Ukraine wurden zu Tode gefoltert oder ermordet.

de.sputniknews.com: „Meine Arbeit mit dem Präsidenten ist...“: Kreml-Sprecher reagiert auf Putins Kritik

Dmitri Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, hat am Montag die Worte seines Chefs kommentiert, wonach er manchmal Unsinn reden soll. „Meine Arbeit mit dem Präsidenten wird immer von seiner Kritik begleitet. Er ist ein sehr anspruchsvoller Chef. Das ist ein absolut normaler Arbeitsprozess. Die Kritik ist manchmal schärfer, manchmal weniger. Es gibt ja kaum einen solchen Sprecher, der von seiner Führung nicht kritisiert wird. Das kann nur ein Sprecher sein, der gar nichts tut. Ich äußere nie meine Meinung“, sagte Peskow.

Zuvor hatte Putin in einem Interview für den US-Fernsehsender NBC erklärt, er kontrolliere nicht die Äußerungen der Mitarbeiter seiner Administration. „Glauben Sie etwa, dass ich einen jeden kontrolliere? So redet mein Pressesekretär (Dmitri) Peskow manchmal solchen Quatsch, dass ich denken muss: Was sagt er da? Wer hat ihn dazu beauftragt?“, so Putin.

Mil-Inr.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine **Tendenz zur Stabilisierung**. In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung entlang der Kontaktlinie festgestellt.

Wir verfügen über Informationen, dass im Zeitraum vom 14. bis 20. März in der „ATO“-Zone

im Rahmen der militärischen Zusammenarbeit und entsprechend dem „Wiener Dokument über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen in Europa“ die Arbeit von **Inspektionskommissionen aus Georgien und Norwegen geplant** ist. Wahrscheinlich wird die militärisch-politische Führung der Ukraine anstreben, die Ergebnisse der Arbeit der Kommission zur Herausbildung eines positiven Image der Ukraine als Land, dass internationale Vereinbarungen einhält, zu nutzen. Im Zeitraum der Arbeit der Kommission nehmen wir an, dass es keine direkten aktiven Handlungen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte geben wird, aber wir erwarten Provokationen an der Kontaktlinie, um in der Folge die Volksrepubliken zu beschuldigen.

Außerdem gehen bei unsere Informationen über Fälle von Drogeneinnahme durch Soldaten der ukrainischen Streitkräfte ein.

In Olchowaja hat die Polizei am 10. März im Gebiet der Eisenbahnstation einen Soldaten der 80. Luftsturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte festgenommen, der Passanten mit der Waffe bedrohte und schrie, dass „er Separatisten angreift und alle töten wird“. Der ukrainische Soldat wurde zur Durchführung einer Untersuchung in eine Suchtabteilung gebracht. Im Ergebnis der Analyse wurden Drogen im Blut des Soldaten gefunden.

Die Volksmiliz ist zu einer Lösung des Konflikts im Donbass auf friedlichem Weg bereit und hält die Minsker Vereinbarungen genau ein, aber im Fall ihres Bruchs durch die ukrainische Seite ist sie bereit entschieden zu handeln.

Zu diesem Zweck führen wir die planmäßige Vervollkommnung der militärischen Kenntnisse fort. In den Einheiten der Volksmiliz werden täglich Übungen zur militärischen Ausbildung durchgeführt.

Heute wurde ein Probealarm für die Panzergrenadiereinheiten mit Sammlung im vorgesehenen Bezirk und Organisation der militärischen Dienste durchgeführt, um deren Bereitschaft zu überprüfen. Die Soldaten haben ein hohes Ausbildungsniveau gezeigt, den hypothetische Angriff des Gegners überzeugend unterbunden. Sie erhielten eine stark positive Bewertung durch das Kommando der Volksmiliz.

de.sputniknews.com: Ukraine rüstet sich für Blitzkrieg gegen Russland – Worauf sie gefasst sein muss

Die zahlreichen Erklärungen, die in letzter Zeit in der Ukraine gemacht werden, erinnern an die propagandistische Hysterie, von der dieses Land in den Jahren 2014 und 2015 erfasst wurde. Darüber schreibt die Politologin Irina Alxnis für Sputnik.

Beispielsweise teilte ein Blogger jüngst nach einem Treffen mit dem Präsidenten Petro Poroschenko mit, dass der Staatschef den Plan hege, die Donbass-Region nach der Entsendung von Friedenskräften zu „säubern“: „Zunächst würden die Friedenskräfte eintreffen und die ganze Grenze blockieren. Dann würde die ukrainische Armee kommen und das Donezbecken im Stil ‚ohne Waffen darfst du leben, mit Waffen musst du sterben‘ säubern.“

Und der frühere Führer der extremistischen Organisation „Rechter Sektor“, Dmitri Jarosch, erklärte, die Ukraine hätte das Potenzial für die Eroberung einiger Gebiete in Russland. „Die Hauptsache ist, die Territorien (Krim und Donbass) zurückzuerobern, und dann werden wir daran denken, was wir weiter tun – wir haben noch Kuban, das Don-Land (Gebiet Rostow) und Woronesch“, sagte er.

Und der Kommandeur eines Bataillons der ukrainischen Marineinfanterie, Wadim Sucharewski, sagte in einem Interview, er hätte den Traum, die ukrainische Armee würde Moskau erreichen.

Der Abgeordnete der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament), Führer des „Medschlis‘ des Krimtatarischen Volkes“, Refat Tschubarow, drohte, alle Russen von der Krim zu vertreiben. Im Prinzip gibt es an diesen Botschaften nichts Außergewöhnliches – für die Ukraine sind sie durchaus „normal“.

Auffallend ist jedoch, dass all diese Erklärungen innerhalb eines Tages gemacht wurden. Angesichts dessen stellt sich die Frage: Warum?

Es ist ziemlich unwahrscheinlich, dass sie rein zufällig zeitlich übereinstimmten. Dahinter könnten durchaus bedachte und pragmatische Motive stehen, und diese Aussagen könnten extra abgesprochen worden sein. Davon zeugt übrigens das eben erwähnte „geschlossene Treffen“ des Präsidenten Poroschenko mit ukrainischen Bloggern.

Das ukrainische politische System, das aktuelle Regime in Kiew und die ukrainische Staatlichkeit werden seit einigen Jahren als im Verfall befindlich, im Sterben liegend und zum Tode verdammt bezeichnet.

Aber diese Situation hat auch eine andere Seite: Das ukrainische Establishment und Präsident Poroschenko persönlich konnten in dieser Zeit einen durchaus stabilen politischen Mechanismus entwickeln, der in ihren Interessen funktioniert. Die Perspektiven der Ukraine als Land und Staat kommen dabei gar nicht infrage, aber den Interessen konkreter Personen, die an der Machtspitze stehen, dient dieses System tatsächlich.

Die Folgen lassen sich sehen: Systematische Probleme in der ukrainischen Wirtschaft, im Sozialwesen und auf anderen wichtigen Gebieten werden immer größer, während das Lebensniveau der Bevölkerung immer geringer wird – die Errungenschaften der seit dem „Euro-Maidan“ vergangenen vier Jahre beschränken sich auf die Aufhebung der Visapflicht mit der Europäischen Union, und vor diesem Hintergrund werden die Staatsführer immer reicher. Dabei sehen jegliche Versuche, ihre Macht ins Schwanken zu bringen, immer hilfloser aus und enden mit immer härterer Unterdrückung von Protestaktionen.

Besonders beeindruckend ist das alles vor dem Hintergrund der Ereignisse vor vier Jahren, als von einer „Revolution der Würde“ die Rede war.

Dieses System hat zwar keinen absoluten Festigkeitsgrad, doch die Besonderheit der aktuellen Behörden in Kiew besteht darin, dass sie einen sehr starken Überlebensinstinkt haben.

Einerseits üben sie eine Politik aus, die im Grunde gegen ihr eigenes Volk gerichtet ist.

Andererseits aber spürt das Establishment in Kiew, wenn die Daumenschrauben zu stark angezogen werden.

Die aktuelle Situation ist ausgerechnet so: Zur allgemeinen Unzufriedenheit der einfachen Ukrainer kommen gleich mehrere Reizfaktoren hinzu.

Zunächst brach ein Skandal aus, als die Polizei bei der Unterdrückung einer Protestaktion der Anhänger Michail Saakaschwilis diese zwang, in die Knie zu gehen. Damit waren selbst Poroschenkos Anhänger unzufrieden, denn das erinnerte viel zu stark an das Vorgehen der Beamten der von ihnen gehassten Spezialkräfte „Berkut“ vor vier Jahren.

Und Ende der vorigen Woche wurde in Kiew eine der einflussreichsten Personen des öffentlichen Lebens in der Ukraine gefasst, nämlich der Leiter des Zentrums der freigelassenen Gefangenen „Offizierskorps“, Wladimir Ruban. Der ukrainische Sicherheitsdienst (SBU) entdeckte in seinem Wagen viele Waffen, obwohl Ruban selbst behauptete, von den Waffen nichts zu wissen. Der SBU verdächtigt Ruban, „einen Mord am Präsidenten, dem Innenminister und dem Sekretär des Sicherheitsrats der Ukraine und den Beschuss der Gebäude der Werchowna Rada und des Präsidialamtes zur Eskalation der Situation im Land geplant“ zu haben.

Und das alles wurde sehr ernst behauptet.

Hinzu kommen „kleinere“ Probleme, beispielsweise die Behauptung des staatlichen Konzerns „Naftogaz“, die Einwohner des Landes würden viel zu viel Gas verbrauchen.

Kein Wunder ist also, dass man in Kiew beschloss, den „überflüssigen Druck“ der Unzufriedenheit der Menschen „herabzusetzen“. Eben daraus resultiert die beispiellose Rhetorik über den künftigen Sieg gegen das „aggressive Russland“ durch Blogger, Abgeordnete und Politiker. Sie funktioniert zwar immer weniger – aber sie funktioniert immer noch. Und wenn das so ist, warum sollte man etwas verändern?

Armiyadnr.su: **Dringende Mitteilung**

Heute haben die ukrainischen Kämpfer wieder vertragsbrüchig die Vereinbarungen über die Einhaltung des Regimes der Feueinstellung verletzt. Die Besatzer aus der 24. mechanisierten Brigade, die einen verbrecherischen Befehl des Brigadekommandeurs Oberst Gudsj ausführen, haben von den Positionen im Gebiet von Showanka einen Beschuss von **Sajzewo** mit Schusswaffen durchgeführt, darunter mit großkalibrigen Maschinengewehren, die die Aktivitäten eines Scharfschützenpaares deckten.

In der Folge von zielgerichtetem Feuer der ukrainischen Mörser **starb ein Soldat der Streitkräfte der DVR**. Dies ist eine weitere Bestätigung des Unwillens des ukrainischen Kommandos, die übernommenen Verpflichtungen des „Frühlingswaffenstillstands“ einzuhalten, und des Ignorierens der Befehle ihrer Kiewer Führung. Dabei versuchen die ukrainischen Strafsoldaten während des Besuchs der höchsten außenpolitischen Vertreterin der EU Federica Mogherini und im Vorfeld des Treffens der dreiseitigen Kontaktgruppe am 14. März in Minsk auf zynische Weise unsere Einheiten zur Verwendung von schweren Waffen zu provozieren.

Ukrinform.ua: Mogherini spricht von Verlängerung der Sanktionen wegen der „Wahlen“ auf der Krim

Die Haltung der Europäischen Union bleibe unverändert: die Annexion der Krim durch die Russische Föderation sei illegal, und die Wahlen, die in naher Zukunft stattfinden werden, können ebenfalls nicht anerkannt werden, sagte die EU-Außenbeauftragte für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini beim heutigen Treffen mit dem Präsidenten der Ukraine, Petro Poroschenko, in Kiew, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Dieser Besuch findet wenige Tage vor dem vierten Jahrestag der illegalen Annexion der Krim und Sewastopols statt. Wir erkennen diese illegale Annexion nicht an und betreiben weiter unsere Politik in Bezug auf die Nichtanerkennung“, sagte Mogherini.

Ihr zufolge verurteilt die EU weiter die Verletzung des Völkerrechts. „Wir erkennen auch die Wahlen, die auf der Krim durchgeführt werden, nicht an und werden weiter die Sanktionen in dieser Hinsicht verlängern“, fügte die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission hinzu.

de.sputniknews.com: UN-Telekombehörde erkennt russische Telefonvorwahl für Krim an
Die zu den Vereinten Nationen gehörende Internationale Fernmeldeunion (ITU) hat die russische Telefonvorwahl für die Krim und Sewastopol, die 2015 eingeführt wurde, anerkannt. Dies teilte der Minister für Kommunikation und Massenmedien in Russland, Nikolaj Nikiforow, am Montag mit.

„Die russische Nummerierung, die russischen Frequenzen, das russische Internet. Es gibt keine Unterschiede und es sind keine geblieben. Das wird unter anderem durch Dokumente auf der Organisationsebene der Uno bestätigt. Dies ist eine wichtige Entscheidung, die Anlass gibt, die systematische Entwicklung der Kommunikation fortzusetzen“, so Nikiforow.

Wie der Minister ferner betonte, ist die Halbinsel mit dem Festlandteil Russlands durch Unterwasserkabel fest verbunden. „Jegliche Gespräche über die zusammenhängende Infrastrukturzugehörigkeit gehören nach der Entscheidung der ITU der Vergangenheit an“, fügte er hinzu....

Ukrinform.ua: Großbritannien lässt Sanktionen gegen Russland in Kraft

Großbritannien hat vor, die Sanktionen gegen Russland solange in Kraft zu lassen, bis die Krim an die Ukraine zurückgeht, steht in der Erklärung der britischen Botschaft in der Ukraine, die in ihrem Twitter-Account veröffentlicht ist.

„Vor 4 Jahren begann Russland die illegale Annexion der Krim und seitdem drängt es seine Macht der Bevölkerung auf. Wir müssen die gegen Russland verhängten Sanktionen für die

Annexion der Krim aufrechterhalten, bis zum Moment, am dem sie (die Krim – Red.) wieder der Ukraine angehört“, so die Erklärung.

Früher wurde berichtet, dass die britische Botschaft in der Ukraine Russland aufgefordert hatte, ukrainische politische Gefangene freizulassen.

Mptdnr.ru: Im Rahmen der Erörterung der Strategie zur Entwicklung der Republik „Kraft des Donbass“ fand am 12. März in Donezk die Sitzung eines Runden Tisches zum Thema „Schaffung von Bedingungen zur Gewinnung hochklassiger Spezialisten“ statt.

Die Veranstaltung fand im Ministerium für Industrie und Handel im Rahmen der Erörterung der Strategie der Entwicklung der Republik „Kraft des Donbass“ statt, die das grundlegende Wahlprogramm von Alexandr Sachartschenko und der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ ist. Ihr Hauptziel ist die Ausarbeitung effektiver Mechanismen der Zusammenarbeit der Staatsorgane, der Vertreter der Öffentlichkeit und der Leiter von Industriebetrieben zur Vervollkommnung des Bildungssystems der Republik und zur Formierung der beruflichen Orientierung junger Spezialisten.

Während der Veranstaltung gab es Berichte des stellvertretenden Ministers für Einnahmen und Abgaben der DVR Michail Chalin, des Bildungs- und Wissenschaftsministers der DVR Jewgenij Gorochow, des stellvertretenden Ministers für ökonomische Entwicklung der DVR Alexandr Jefimow, des Vorsitzenden der Gewerkschaftsföderation der DVR Maxim Parschin, der Rektorin der Donezker Tugan-Baranowskij-Nationaluniversität für Wirtschaft und Handel Swetlana Droschshina. Außerdem nahmen Spezialisten des Ministeriums für Industrie und Handel der DVR und Vertreter staatlicher Unternehmen der Republik teil.

Wie die Leiterin des Zentralen Exekutivkomitees von DR Natalja Wolkowa sagt, hat diese Veranstaltung große Bedeutung für die Herausbildung der Strategie „Kraft des Donbass“. „Ein sozial orientierter Staat bringt immer die Interessen seines Volkes zum Ausdruck, damit jeder Einwohner in seinem Land gut leben kann. Gerade deswegen müssen wir gemeinsam die Prioritäten für Reformen festlegen, rationale Vorschläge zur Verbesserung der Qualität der Arbeit und der Dienstleistungen machen“, sagte Natalja Wolkowa.

Der Minister für Industrie und Handel der DVR Alexej Granowskij erklärte, dass die Qualität des Personals eines Unternehmens, sein Kaderpotential, der wichtigste Erfolgsfaktor aller ökonomischen Reformen ist. „Für die Ausbildung und Erhöhung der Qualifikation von Spezialisten arbeiten das Ministerium für Industrie und Handel, die Industrieunternehmen der DVR auf ständiger Grundlage mit führenden höheren und mittleren beruflichen Bildungseinrichtungen der DVR zusammen, mit Fachspezialisten, die dringend in der Produktion benötigt werden, ausbilden. Um junge Spezialisten für die Arbeit zu gewinnen, müssen die Industrieunternehmen Bedingungen für deren berufliche, qualifikations- und karrierebezogene Entwicklung schaffen“, sagte der Industrieminister.

Zum Thema „Gewinnen junger professioneller Spezialisten für die Arbeit als wichtige Komponente der sozialökonomischen Entwicklung der DVR“ sprach der stellvertretende Minister für Einnahme und Abgaben der DVR Michail Chalin. „Unsere Aufgabe ist, ein Programm zur Schaffung von Kadervermittlung zu schaffen. Studenten, die wissbegierig sind, die bereit sind zu arbeiten, müssen einen Arbeitsplatz garantiert haben. In den Unternehmen müssen Programme zur vorzeitigen Übernahme von Studenten, die dort ein Praktikum durchlaufen, geschaffen werden“, sagte Chalin.

Der Bildungs- und Wissenschaftsminister Jewgenij Gorochow sagte in seinem Referat zum Thema „Vervollkommnung des Bildungssystems der DVR zur Schaffung einer beruflichen Orientierung von Studenten“, dass die staatlichen Bildungsstandards der höheren beruflichen Bildung die Standards einer neuen Generation werden müssen, die die weitere Entwicklung des Niveaus der höheren Berufsbildung der DVR unter Berücksichtigung der Anforderungen des derzeitigen Arbeitsmarkts gewährleisten müssen.

Der stellvertretende Minister für ökonomische Entwicklung der DVR Alexandr Jefimow

berichte über die ökonomischen Voraussetzungen für die Schaffung von Bedingungen zur Gewinnung hochklassiger Spezialisten in der DVR. „Zielführend ist neben dem allgemeinen System von Praktika (schulisch, in der Produktion, vor dem Abschluss) die Aufmerksamkeit auf die Möglichkeit längerer Praktika zu richten – das ist unser Vorschlag, es soll sich um Praktika auf speziell dafür geschaffenen oder dazu von den Arbeitgebern zugeteilten Arbeitsplätzen handeln“, sagte Jefimow.

Über die Rolle der Gewerkschaften der DVR bei Praktika und bei der Vermittlung von Arbeitsplätzen an die lernende Jungende sprach der Vorsitzende der Gewerkschaftsföderation der DVR Maxim Parschin.

Die Rektorin der Donezker Tugan-Baranowskij-Nationaluniversität für Ökonomie und Handel Swetlana Droshshina hielt ein Referat zum Thema „Praktische Ausbildung junger Spezialisten der DVR“, in dem die nicht aufzuhebende Verbindung von theoretischer und praktischer Ausbildung der Studenten unterstrichen wurde. „Ein Produktionspraktikum ist darauf gerichtet, dass die Studenten berufliche Kenntnisse und Fertigkeiten, Berufserfahrung erhalten, Erfahrung für die Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt“, fasste Swetlana Droshshina zusammen.

Während der Sitzung kamen eine Reihe von Fragen auf, die erschöpfend erörtert wurden. Vom Auditorium kamen Initiativen, die für die weitere Behandlung im Protokoll festgehalten wurden.

Die Ergebnisse des Runden Tisches fasste der Minister für Industrie und Handel der DVR Alexej Granowskij zusammen. „Hauptthema der Erörterung des Runden Tisches waren Fragen der Schaffung von Bedingungen zur Gewinnung junger Kader für die staatlichen Unternehmen der Republik. Derzeit läuft diese Arbeit aktiv: es wurden Vereinbarungen über Produktionspraktika für Studenten in staatlichen Betrieben abgeschlossen. Im staatlichen Unternehmen „Silur“ wurde ein Konzept von Patenschaften bei der Ausbildung junger Arbeiter eingeführt und entwickelt. Im Rahmen dieser Erörterung hat eine Arbeitsgruppe Vorschläge für die Teilnehmer des Runden Tisches ausgearbeitet, um Maßnahmen zu realisieren, die mit der Erhöhung des Prestiges der Arbeit in den staatlichen Unternehmen der Republik sowie der Schaffung eines positiven Images der Arbeitsplätze verbunden sind“, fasste Alexej Granowskij zusammen.

Abends:

Dan-news.info: „Um 18:00 haben die ukrainischen Streitkräfte das Feuer aus Richtung Wodjanoje auf **Sachanka** eröffnet. Es wurden zwei Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen sowie Schusswaffen und großkalibrige Schusswaffen verwendet“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit.

de.sputniknews.com: Putin kommentiert Ermittlungen zu Vergiftung von Ex-Spion Skripal
Der russische Präsident Wladimir Putin hat sich gegenüber einem BBC-Journalisten erstmals über die in Großbritannien laufenden Ermittlungen zur Vergiftung des ehemaligen Offiziers der russischen Militäraufklärung GRU, Sergej Skripal, geäußert.

Ein Journalist des britischen Rundfunks BBC fragte den russischen Präsidenten, ob sein Land für den Vorfall in Salisbury nicht mitverantwortlich sei.

Putin erwiderte laut Medien deutlich: „Schaffen Sie zuerst Ordnung bei sich selbst und dann werden wir mit Ihnen darüber diskutieren.“

Zuvor hatte die Zeitung „The Times“ berichtet, dass die britische Premierministerin Theresa May erstmals öffentlich Anschuldigungen gegen Moskau erheben wolle, sobald die britischen

Geheimdienste Beweise zu Russlands Beteiligung an der Vergiftung von Skripal vorlegen. Am Abend des 4. März waren der 66-jährige Skripal und seine Tochter Julia in der britischen Stadt Salisbury bewusstlos aufgefunden und mit Anzeichen einer Vergiftung in ein Krankenhaus gebracht worden, wo beide ins Koma fielen. Medienberichten zufolge sollen 21 Personen in Mitleidenschaft gezogen worden sein, darunter auch der Polizist, der als Erster am Ort des Geschehens eingetroffen war.

Wie der Chef der britischen Anti-Terror-Einheit zwei Tage später mitteilte, seien die beiden höchstwahrscheinlich Opfer eines gezielten Angriffs mit einem Nervengift geworden.